

Ressort: Politik

Neue Vorwürfe gegen Maaßen

Berlin, 09.09.2018, 18:18 Uhr

GDN - Nach seinen heftig kritisierten Äußerungen zu den Ausschreitungen in Chemnitz werden neue Vorwürfe gegen Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen laut. In einzelnen Bundesländern besteht der Verdacht, dass es mit Blick auf die AfD "undichte Stellen" in den Sicherheitsbehörden, insbesondere dem Bundesamt für Verfassungsschutz, gebe.

Das schreibt das "Handelsblatt" (Montagausgabe) unter Berufung auf "mit der Sache befasste Kreise". In einigen Landesverfassungsschutzämtern besteht demnach die Sorge, dass dort gesammelte Informationen und etwaige Einschätzungen über die AfD, "ihren Weg in die Öffentlichkeit oder direkt in die Hände der AfD finden". Wie das "Handelsblatt" unter Berufung auf Regierungskreise schreibt, ist Maaßen auch unter Berliner Spitzenbeamten hochumstritten. Der Jurist wird als hochintelligent beschrieben, aber auch als einer, der erkennbar von einer Agenda geleitet sei. Damit setze sich Maaßen dem Verdacht aus, "AfD-Sympathisant" zu sein, hieß es in den Kreisen. Ein Sprecher des Verfassungsschutzes wies "die Spekulationen über die Weitergabe von Informationen an die AfD" ebenso wie den Vorwurf, die Bewertung der AfD zu verzögern, entschieden zurück. "Die Einstufung einer Partei als Beobachtungsobjekt" habe "hohe rechtliche Hürden zu überwinden". Die Behauptung, Maaßen hege Sympathien für die AfD, "entbehrt daher jeder Grundlage". Der SPD-Bundesvize Ralf Stegner zog indes in Zweifel, ob Maaßen sich noch seiner Verantwortung als oberster Verfassungsschützer bewusst sei. "Es ist nicht das erste Mal, dass man fragen muss, wen oder was er schützt", sagte Stegner dem "Handelsblatt". Er bezog sich dabei unter anderem auf die zögerliche Haltung des Bundesamts im Umgang mit der AfD. Angesichts der vielen Kontroversen hält es der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan Kramer, für angebracht, dass Maaßen und alle Chefs der Landesämter kurzfristig zusammenkommen und ein gemeinsames Vorgehen zur AfD vereinbaren. "Es geht aber nicht nur um ein Treffen, sondern darum, sich über die Einzelerkenntnisse aus den Ländern gemeinsam auszutauschen und die weitere Vorgehensweise im Verbund zu koordinieren", sagte Kramer dem "Handelsblatt".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-111613/neue-vorwuerfe-gegen-maassen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com